



Gorleben Rundschau

Wir sind die Wendeln: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII-IX/2019 • #1071

Keine Daten ...

... mehr vom Wissenschaftsbüro *intac*, dem Zusammenschluss kritischer Wissenschaftler, denen der Atom-Widerstand so viel Expertise verdankt. *intac* geht in Rente.

Wenige Daten ...

... über die Geologie Deutschlands sind nutzbar für die Mammutaufgabe der Endlagersuche. Die meisten Erkenntnisse liegen als analoge Akten vor und können so nicht verwendet werden.

Viele Daten ...

... werden Bürger/-innen in den potenziell für ein Endlager geeigneten Regionen auswerten müssen. Zu viele, um Entscheidungen in nur drei Monaten nachvollziehen zu können.

Grußwort

Mahnung aus dem All

Als Neil Armstrong 1969 als erster Mensch den Mond betrat, sagte er diese berühmten Worte. Kleiner Sprung, großer Schritt, Menschheit und so. Amerikanisch eben, heroisch, groß – und Teil des kollektiven Gedächtnisses.

Keine zehn Jahre später war es Sigmund Jähn, der als erster Deutscher im All unterwegs war. Bescheidener, subtiler, nachdenklicher – und leider fast vergessen. Dabei sind es seine Worte viel mehr als die des amerikanischen Kollegen, die heute noch aktuell sind.

Jähn sagte: „(...) der Anblick ist schon grandios, dieses Blau. Wunderschön und eigentlich unbeschreiblich. Ich sah auf der anderen Seite aber auch ungereinigten Rauch aus Fabrikanlagen (...). Das erschreckt einen.“



Warten, warten, warten! Manchmal erinnert mich die derzeitige Diskussion um Gorleben ein wenig an das Theaterstück „Warten auf Godot“. Da sitzen Wladimir und Estragon in ihren Mülltonnen und warten auf Godot, der aber niemals kommt.

Wir warten auf das Godot-daten-, pardon: Geodatendatenüberlasungsgesetz. Welche Bedeutung das im Endlager-Suchprozess hat, beschreibt Autor Dieter Schaar-schmidt in diesem Heft.

Gar nicht zu warten brauchten wir dagegen auf neue Aufregung mit dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE). Die Ausstellung im Historischen Museum in Hannover zum Gorleben-Treck vor vierzig Jahren wurde unverhofft zur Kulisse ei-



Elisabeth Hafner-Reckers
2. Vorsitzende der
BI Lüchow-Dannenberg

ner BfE-Veranstaltung, mit der die Behörde das neue Endlager-suchgesetz vorgestellt hat. Warum uns diese Vermischung des Standortauswahlgesetzes (StandAG) mit dem Treck nach Hannover aufregt, beschreibt Martin Do-

nat in seinem langen und sehr persönlich gehaltenen Artikel. Warten können wir aber jetzt schon wieder auf die nächste Kulturelle Landpartie, und deshalb gibt es in diesem Heft viele Fotos von der diesjährigen KLP – als Erinnerungshilfe und um das Warten auf die nächste KLP zu verkürzen.

Wir warten, vielleicht im Gegensatz zum Rest Deutschlands, auch auf die Benennung der Teilgebiete; denn wenn das Politikerwort unseres Ministerpräsidenten Weil und des damaligen Umweltministers Stefan Wenzel noch gilt, dann fliegt Gorleben nach der Benennung der Teilgebiete Ende 2020 aus dem Verfahren. Denn das vom StandAG versprochene faire und transparente Verfahren kann tatsächlich nur zum Ausschluss von Gorleben führen, das haben uns die beiden Herren schon 2016 in Gedelitz so zugesagt. Das Video dazu gibt es noch auf unserer Internetseite.

Also warten wir gespannt weiter und nutzen natürlich diese Wartezeit, um uns kreativ und argumentativ wie gewohnt munter und unverdrossen in die kompakten Diskussionen rund um das Gesetz einzubringen. Eine kreative Wartezeit wünsche ich!

Impressum

42. Jahrgang

Ausgabe 1071

Juli, August, September 2019

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk), Nora
Krohn (nk), Wilma Wallat (ww)

Produktion

Layout: Andreas Conradt
Korrektur: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt-druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Dragahn 1983, mitten im Naturpark Elbufer-Drawehn: 13 Häuser, 35 Seelen, eine Försterei, ein Bushäuschen und das abgeschirmte Gelände einer Delaborieranlage. Alles sehr geheimnisumwittert. Im November 1982 unterrichtet Ministerpräsident Ernst Albrecht die Kommunalpolitiker von der Absicht der Niedersächsischen Landesregierung, Dragahn als Standort für eine WAA vorzuschlagen. Im Januar 1983 spricht sich der Kreistag für die „Prüfung“ von Dragahn aus, doch rund 76 Prozent der Wahlberechtigten in der Gemeinde Karwitz lehnen die Pläne ab. Plötzlich kommt Leben in den verwaiseten Wald. Demonstrationen mit Treckern, flammende Reden und Gesang von einem alten Hänger. Und auch die Kirche hat der Zorn gepackt. Alle zwölf Pastoren des Kreises erklären: „Wir sind enttäuscht, das christliche Politiker, allen voran Dr. Albrecht, so unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen.“ Der Landesvater versprach 1981, keine Wiederaufbereitungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu genehmigen. Die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) und ihre Gespielen verteilen Hauswurfsendungen und bekommen einige Jahre nach dem Hannover-Treck und der Besetzung der Bohrstelle 1004 wieder Gegenwind. Die Silvesternächte am Bushäuschen, ohne Knaller und ohnegleichen. Die Besetzung und Verteidigung des Bahnwärterhaus am Karwitzer Zubringer-Bahndamm wird Anlaufpunkt für Debatten und Treffpunkt für Aktionen. Es ist ein schöner Mai, mit kühlen Nächten. Am 1. Juni 1983 rücken die Planierraupen in aller Frühe an: Das Bahnwärterhäuschen im Dragahner Forst existiert nicht mehr. (bh)

Gorleben

Ministerpräsident Weil hält Gorleben für ungeeignet

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat gegenüber der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) seine ablehnende Haltung zu Gorleben als Standort für ein Atommüll-Endlager bekräftigt: „Wenn alles mit rechten Dingen zugeht, ist Gorleben raus.“ Er ergänzte, dass es aus der Vergangenheit viele Argumente gegen Gorleben gäbe. Die Bürgerinitiative traf Weil Anfang Juli während dessen Besuch im wendländischen Rundlingsdorf Lübeln anlässlich seiner diesjährigen Sommertour. Vor drei Jahren hatte Weil auf einer Veranstaltung in Gedelitz  ¹ gesagt: „Wenn die glaubwürdig durchgehalten werden, diese Kriterien, dann wird es in Gorleben niemals ein Endlager geben“. Sein damaliger Koalitionspartner Stefan Wenzel (Grüne) hatte ergänzt: „Und ich bin tatsächlich

überzeugt, wenn man diesen Bericht 1:1 anwendet, ist Gorleben tot, maustot“. Gemeint waren die Ausschluss- und Abwägungskriterien bei der Endlagersuche. In letzter Zeit hieß es jedoch abgeschwächt, dass bei der Endlagersuche die Vorfestlegung auf Gorleben aufgehoben sei, kritisierte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke die gängige Sprachregelung bei SPD und Grünen: „Umweltminister Olaf Lies haben wir bisher vergeblich um eine Klarstellung gebeten, ein klares Wort des Ministerpräsidenten war darum angezeigt.“ (ac)



BI-Sprecher Wolfgang Ehmke (rechts) im Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil (ganz links)

München, Dresden

Not in my Backyard

Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) favorisiert bei der Suche nach einem Atom-Endlager ganz klar Gorleben und sieht keine Notwendigkeit, ein weiteres Endlager zu bauen. Im Interview mit der Rundschau des Bayrischen Rundfunks sagte Glauber, er könne niemandem erklären, warum Gorleben nicht in Frage kommt, zumal dort schon 1,6 Milliarden Euro für den Bergwerksbau ausgegeben wurden. Die bayerische Landesregierung aus CSU und Freien Wählern hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir sind überzeugt, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Atomendlager ist.“ Bayern und Sachsen schließen die Tauglichkeit von kristallinem Gestein, das in beiden

Bundesländern vorkommt, kategorisch aus. Sachsen sei zwar an dem Verfahren zur Endlagersuche beteiligt, sagte ein Sprecher des Umweltministeriums in Dresden. „Wir glauben aber wie Bayern, dass kristallines Gestein weniger gut geeignet ist.“ Damit ist der Länderstreit um die Endlagersuche bereits entbrannt, bevor im Herbst 2020 in einem ersten Schritt die Regionen ausgewiesen werden, die später für die Lagerung hochradioaktiver AKW-Abfälle näher betrachtet werden sollen. (we)

Brokdorf

Castortransporte laufen später

Die für Brokdorf vorgesehenen sieben von insgesamt 26 Castorbehältern, die noch in La Hague in Frankreich und Sellafield in Großbritannien auf die Überführung nach Deutschland warten, werden später transportiert als bisher geplant. Das gab im Mai der Geschäftsführer der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), Dr. Ewold Seeba bei einer Info-Veranstaltung in Brokdorf bekannt ➡². In dem Ort an der Elbe war man bis dahin von einem Transporttermin im Jahr 2021 ausgegangen. Grund für die Verzögerung sei, dass zunächst die Transporte der übrigen Castoren nach Bi-

blis (Hessen), Isar (Bayern) und Philippsburg (Baden-Württemberg) durchgeführt würden. Wann die Atombehälter in den drei Standortzwischenlagern im Süden Deutschlands ankommen, lies Seeba offen. Alle vier Transporte sind schon mehrmals verschoben worden. Umweltschützer befürchten, dass die Castoren erst nach erfolgtem Atomausstieg transportiert werden sollen: „Auf diese Weise soll der Protest geschwächt werden“, so ein Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg. (ac)



Standortzwischenlager Brokdorf

Schule

Bildungsmaterial zum Thema Atommüll

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad hat Bildungsmaterialien entwickelt, die helfen sollen, Schülerinnen und Schüler mit den Folgen der Atomenergienutzung und den Herausforderungen einer sicheren Lagerung von Atommüll zu beschäftigen. Das modular aufgebaute Material orientiert sich am Schulunterricht Sekundarstufe I und II (ab Jahrgang 9/10), kann aber auch in der Projektarbeit oder Erwachsenenbildung eingesetzt werden.

Es ist für den Einsatz in verschiedenen Fächern geeignet. Es böte sich an, so, die AG, die Unterrichtseinheit in Abstimmung verschiedener Fachrichtungen im Unterricht zu behandeln. Je nach Fachrichtung können einzelne Module stärker gewichtet und mit fachspezifischem Wissen angereichert werden.

„Unbestritten wird Atommüll noch über mehrere Jahrzehnte in oberirdischen Zwischenlagern aufbewahrt werden müssen“, sagen die Herausgeber/-innen des Atommüll-Lehrbuchs. „Das heißt, es wird die heutige Generation von Schülerinnen und Schülern sein, die sich

in den nächsten Jahrzehnten mit der sicheren Verwahrung der radioaktiven Abfälle auseinandersetzen muss. Schließlich handelt es sich um Stoffe, die teilweise Millionen Jahre gefährlich für Mensch und Umwelt bleiben. Lehrkräften wird ein gedrucktes Exemplar kostenlos zugeschickt. Der Download der digitalen Version ist für Jedermann möglich. ➡³ (pm)



Torben Klages

BI-Büro

Aktion und Politik

Nach einer sehr arbeits- und erfolgreichen kulturellen Landpartie stand für die BI die große Nachfrage an. Gemessen an der Personaldecke der BI ist die kulturelle Landpartie auch noch wenige Wochen nach dem Ende ein alltäglicher Arbeitsaufwand mit allerlei Saubermachen und Nachbesprechungen.

Dennoch waren Vorstandsvertreter/-innen schon Anfang Juni wieder unterwegs auf zahlreichen Veranstaltungen und Treffen, die von Behördenseite aufgerufen worden waren. Ob bei lokalen Presseterminen oder überregionalen Tagungen, spontan oder geplant, traten die Vorstandsmitglieder in Aktion und rangen um Positionen und Aufmerksamkeit für die kritischen Passagen im aktuellen atommüllpolitischen Prozess. So geschehen bei der jährlichen Tagung der evangelischen Akademie in Loccum, einer SPD-Veranstaltung mit Dr. Matthias Miersch in Gorleben oder im Rahmen der Sommerreise von Ministerpräsident Weil und Minister Lies im Wendland.

Während Bundes- und Landespolitik ihre Sommerpause einläuteten, gaben sich im BI-Büro die Urlaubsgäste die Türklinke in die Hand. Eine schöne Gelegenheit, viele Mitglieder und Menschen einmal persönlich begrüßen zu können für einen kleinen Plausch. Ende Juli ging es dann auch mal wieder auf die Straße, denn die Tour de Natur machte einen Zwischenstopp im Wendland. Die große Fahrradgruppe macht traditionell auf ihrem Weg halt, um sich auch den lokalen ökologischen und gesellschaftspolitischen Themen der jeweiligen Regionen zu widmen. Eine super Gelegenheit, um bei gemeinsamen Aktionen in Hitzacker und Gorleben ins Gespräch zu kommen. (tk)



Gorleben I

Die Sommerlöcher

Der Abriss der massiven Betonmauer um das Erkundungsbergwerk ist in vollem Gange. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe war rund ein Drittel der Betonelemente bereits verschwunden. Im Anschluss wurden die Stahlstützen entfernt. Wie berichtet, soll eine Ecke der Mauer als Mahnmahl gegen verfehlte Energiepolitik erhalten bleiben (Foto ganz oben, rechts im Bild). (ac)



Film Ein strahlendes Land

Strahlung ist in Deutschland offenbar viel verbreiteter als wir glauben. Der Investigativjournalist Marvin Oppong ist mit einem Geigerzähler durch ganz Deutschland gereist auf der Suche nach radioaktiven Orten. Seine Reise führte ihn dabei zu Nuklearanlagen, zu einem radioaktiv kontaminierten Einkaufszentrum, auf Uranhalden in Ostdeutschland und zu einem strahlenden Bolzplatz neben einer Kita. Auf seiner Reise ist Marvin Oppong davon überrascht worden, an wie vielen Orten in Deutschland radioaktives Material gelagert wird. Oppong war neu, dass die DDR der viertgrößte Uran-Exporteur der Welt war. Und Oppong hat nicht ver-

standen, warum er am Zaun des Forschungszentrums Jülich vom Wachpersonal fotografiert und verscheucht worden ist. Hat irgendjemand etwas zu verbergen? Antworten darauf gibt sein Film [☞⁴](#), der als Crowdfunding-Projekt (GR berichtete) entstanden ist und am 12. Juni in die Kinos kam. In Niedersachsen wird der Film nur am 6. August im Kulturverein im wendländischen Platenlaase gezeigt. (ac)

2018 kamen 105 Schiffe mit radioaktiven Stoffen nach Hamburg. Darüber hinaus gehen weitere Atomtransporte über das Stadtgebiet, die den Hafen nicht betreffen. Das wird sich in den kommenden Jahren nicht groß ändern. Die Verzichtserklärung, für die der Hamburger Senat und die Grünen sich selbst feiern, ist in vieler Hinsicht heiße Luft.

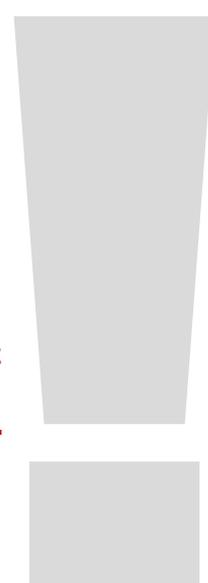
Bündnis „Atomtransporte durch Hamburg stoppen“ [☞⁵](#)

Hamburg

Senat macht erneut Falschaussagen zu Atomtransporten

Im Frühjahr letzten Jahres lancierte die rot-grüne Rathaus-PR in Hamburg das „Aus für Atomtransporte im Hamburger Hafen“, Hamburger Abendblatt und NDR verbreiteten die Falschmeldung – doch seither kamen nachweislich an die hundert weitere Atomfrachter nach Hamburg. Nun der nächste rot-grüne PR-Coup – dieses Mal neben NDR und Abendblatt auch von Mopo, taz und dpa vermeldet. Demnach verzichten künftig neben der städtischen HHLA und Hapag-Lloyd angeblich private Hafenbetriebe auf den „Atom-Umschlag“. Grünen-Rathauschef Anjes Tjarks jubelt: „Hamburg meint es ernst mit dem Atomausstieg.“ Immerhin bestätigt Tjarks bei der Gelegenheit die Falschmeldung aus dem Vorjahr: „Bislang wurden Brennelemente in Hamburg weiterhin umgeschlagen.“ Für die Zukunft aber versichert nun Tjarks SPD-Kollege Joachim Seeler: „Die Zeiten, in denen Atomtransporte zu den umge-

schlagenen Gütern unseres Hafens gehörten, sind vorbei.“ Und das ist schon wieder die Unwahrheit: Denn die privaten Hafenbetriebe haben aktuell nur erklärt, „im Hamburger Hafen keine Kernbrennstoffe(!) mehr umzuschlagen.“ Die allermeisten Atomtransporte über den Hafen waren formal aber nie der Umschlag von „Kernbrennstoffen“. Vielmehr werden bei acht von zehn Atomfrachten im Hafen Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid, aus denen Atombomben und Brennelemente für Atomkraftwerke gefertigt werden, transportiert. Und diese Rohstoffe sind nach dem Atomgesetz keine „Kernbrennstoffe“. (ac)



2.2 Darstellung der Messpositionen



Abbildung 1: ODL-Messstationen am Zaun

Auszug aus dem 178 Seiten starken Jahresbericht der BGZ zum Zwischenlager Gorleben

Zwischenlager

Atommülllagerung – in Gorleben und anderswo

In Lubmin muss das Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle neu errichtet werden. Die jetzige Halle, in der 74 Castorbehälter aufbewahrt werden, bietet in der jetzigen Form keinen hinreichenden Schutz vor terroristischen Angriffen. Die neue Halle wird als monolithischer Stahlbetonbau mit 1,80 Meter dicken Außenwänden errichtet.

In die Jahre gekommen

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) erinnert daran, dass die Wandstärke der Hallen in Ahaus und Gorleben, also der ersten Generation der Zwischenlager, lediglich einen halben Meter beträgt, und die Wände zudem konisch nach oben zu laufen und die Stärke dort, wie auch die Hallendecke, nur noch 20 Zentimeter betragen. Nicht einmal eine teilweise Verstärkung der Außenmauer – seit Jahren angekündigt – sei erfolgt. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Wir sehen uns durch die Entwicklung in Lubmin in unserer Kritik bestätigt. Es braucht bei der langen oberirdischen Lagerung hochradioaktiver Stoffe eine doppelte Sicherung, durch die Behälter *und* durch dicke Wände. Das Lager in Gorleben ist nicht sicher, das ist längst ein Fall für die Atomaufsicht in

Hannover und Umweltminister Olaf Lies (SPD).“ Völlig unverständlich sei vor diesem Hintergrund, dass im aktuellen Umgebungsüberwachungsbericht ⁶ der bundeseigenen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) offengelegt wird, wie die Castorbehälter im Innern der Halle aufgestellt werden, aus Sicht der BI sei das „unverantwortlich“.

Alle Jahre wieder

Die Betreiberin des Zwischenlagers in Gorleben, hat diesen Jahresbericht für das Jahr 2018 gerade veröffentlicht. Deren Ergebnis könnte man jährlich gestrost vorwegnehmen, kommentiert die BI: Vom Zwischenlager gehe keine Gefahr aus. „Von 2006 an liegen die Jahreswerte am Anlagenzaun im Schwankungsbereich zwischen 0,15 mSv im Jahr 2014 und 0,22 mSv im Jahr 2008,“ heißt es in dem Bericht. Die Aussage, dass die teils gemessene, teils errechnete Jahresdosis am Zaun lediglich normale Schwankungen der Messergebnisse spiegeln, sei jedoch eine Verharmlosung, wahrscheinlich habe allein der Stopp der Castorlagerung in Gorleben bewirkt, dass der Grenzwert von 0,3 Millisievert nicht deutlich überschritten werde – 113 Behälter lagern in Gorleben, aber 420 Stellplätze gibt es dort. Der BI-Vorsitzende Martin Donat kritisiert zudem, dass die Vorstellung des Jahresberichts nicht mit einer öffentlichen Veranstaltung verbunden war. Dabei hatte das Bundesumweltministerium noch im Herbst letzten Jahres angekündigt, in öffentlicher Sitzung zu der Frage und zum Forschungsstand einer Gefährdung durch sogenannte neutroneninduzierte Effekte Stellung zu nehmen. Es geht dabei um die Möglichkeit sekundärer Aktivierung durch radioaktive Bestrahlung beispielsweise von Staubpartikeln oder Gasen, welche durch die Lüftungsschlitze auch in die Umgebung und in die Atemluft gelangen. (gr)



Gorleben II

Tour de Natur im Wendland

Der letzte Tag im Wendland sollte für die Tour de Natur eine echte Herausforderung werden. Am bisher heißesten Tag des Jahres hatten sich die Radler/-innen eine 80 Kilometer lange Etappe vorgenommen, um ihren Protest auch an die Atomanlagen in Gorleben zu tragen. Auf dem Weg dorthin machte die Gruppe zunächst halt am Castor Verladekran in Dannenberg. Siegmund Schmaggel von der Castorgruppe Breese in der Marsch schilderte in seinem Kurzvortrag Funktionsweise und Bedeutung des eingehausten Riesenkrans und vermittelte eindrücklich die gespenstische Stimmung, die jeden Castortransport an diesen Ort begleitete. Als Ortsansässiger wusste er manch Anekdote über die Auseinandersetzung zwischen Atomkraftgegner/-innen und dem Staat zu vermitteln, in diesen Tagen zog die Gruppe jedoch eher den Zorn eines Landwirts auf sich, der unverhofft seinen Mähdrescher an der Gruppe vorbeisteuern wollte, letztlich dann aber doch ungewollt Gast der 15-minütigen Kundgebung wurde. Mit einer Stärkung im Gasthaus Wiese in Gedelitz, machte die Gruppe an einem weiteren bedeutenden Ort des wendländischen Widerstands halt. Von dort aus ging es weiter auf den Spuren des wendländischen Protests, direkt an die Atomanlagen in Gorleben. Elisabeth Hafner-Reckers und Torben Klages von der BI erwarteten die Gruppe vor Ort für einen weiteren Kurzvortrag, ein gemeinsames Gruppenbild und eine kurze Kundgebung. Wir sagen der Tour de Natur „Adieu“. Auf ein Wiedersehen beim nächsten Mal im Wendland, wenn es wieder heißt: „Wir sind ohne Auto mobil!“ (tk)

Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der staatlichen Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben. Das TBL befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und umfasst:

- ▶ Das Fasslager für schwach und mittel aktiven Müll (LAW und MAW). Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische LAW- und MAW-Gebinde angeliefert und abtransportiert.
- ▶ Die oberirdische Castorhalle hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt nur durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- ▶ In der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) sollte ursprünglich getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Bislang aber ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg fordert seit langem die Rücknahme der Betriebserlaubnis.

Südöstlich der Straße betreibt die Bundesgesellschaft für Entsorgung (BGE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- ▶ Das Bergwerk wurde größer aufgeföhren, als es für die reine Erkundung notwendig wäre. Kritiker befürchten deshalb, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung soll 2019 geschehen. Es befindet sich kein Atommüll im Bergwerk!

Tokio, Fukushima
Radioaktive olympische Spiele?

Japan lädt die Sportler/-innen der Welt zu sich ein: Vom 24. Juli bis zum 9. August 2020 sollen die Olympischen Spiele von der Metropole Tokio ausgerichtet werden – 230 Kilometer vom havarierten Atomkraftwerk Fukushima Daiichi entfernt. Aber auch in der Hauptstadt der Präfektur Fukushima sind olympische Wettkämpfe geplant: Baseball und Softball-Spiele sollen dort ausgetragen werden, nur rund 50 Kilometer vom havarierten Atomkraftwerk entfernt. Kritiker werfen der Regierung in Tokio vor, dass die Auswirkungen der Atomkatastrophe stark heruntergespielt werden. Die gesundheitlichen Auswirkungen würden systematisch unterschätzt, bisherige Messungen in Fukushima seien unzulänglich. Tatsächlich sagte der japanische Premierminister Shinzo Abe bei der Olympiabewerbung vor der 125. IOC-Vollversammlung 2013 in Buenos Aires: „Die Lage in Fukushima ist unter Kontrolle. Es hat und wird nie eine Gefahr für Tokio bestehen.“ Auch der Chef des Organisationskomitees für die Tokio-Spiele, Yoshiro Mori, sagte, durch die Ausrichtung der Spiele werde Fukushi-

ma zeigen können, „wieweit der Wiederaufbau in den zehn Jahren nach der Katastrophe“ vorangeschritten ist. Die Entscheidung werde „den Menschen Mut machen, besonders in der betroffenen Region“. Der Gouverneur der Präfektur Fukushima, Masao Uchibori, ergänzte: „Wir brauchen ein Ziel, um zeigen zu können, wie weit sich Fukushima erholt hat.“ In einem Aufruf ruft ein breites Bündnis deutscher und französischer Anti-AKW-Gruppen zum Boykott der Olympischen Spiele 2020 auf – auch als Zeichen der Solidarität mit den Opfern und Geschädigten der Atomkatastrophe und den Menschen, die dort dauerhaft leben. Der Aufruf wurde auch von der BI Lüchow-Dannenberg unterzeichnet. (ac)



Während der Olympischen Sommerspiele 2020 sollen im Fukushima Azuma Stadion die Eröffnungsspiele des Softball- und Baseballturniers stattfinden

Atommüll
Neuaufgabe der Atommüllkarte

Die „Atommüllkarte“ der Informationsplattform „atommüllreport.de“ wurde neu aufgelegt und ist ab sofort erhältlich. ↻⁷ Neben einer detaillierten Übersicht über die bundesweiten Standorte von Atommüll, wurde die Karte um einige Aspekte erweitert. Bündig und informativ können nun Informationen über den „Nuklearen Kreislauf“, Art und Menge des bundesweit lagernden Atommülls oder etwa dessen Gefährlichkeit und Langlebigkeit erlangt werden. Die Karte eignet sich für kleine Vorträge, schulische Ausarbeitungen oder für den Bekanntenkreis. (tk)





Musikfestival

Benefiz-Open-Air in Ventschau

Zum siebten Mal präsentiert das ehrenamtlich arbeitende Team vom e-ventschau e.V. am 9. und 10. August das Musikfestival in dem kleinen Ort Ventschau an der Nahtstelle der Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg. ⁸ Alle Erlöse werden wieder zugunsten der Kinder von Fukushima und Tschernobyl gespendet. Regionale und Überregionale Initiativen runden das Musik Lineup mit der Vermittlung ihrer politischen Arbeit ab. Das e-ventschau Open-Air verbindet soziales Engagement mit hochkarätiger Musik an einem wunderschön gelegenen Ort in familiärer Atmosphäre. Hier können Zuschauer/-innen tanzen oder entspannt auf der Wiese liegen, sich über Atompolitik informieren und

mitdiskutieren oder miteinander einfach nur ins Gespräch kommen. „Vieles ist möglich, alles ist für den guten Zweck!“, sagen die Veranstalter. Tijuana Cartel, Rainer von Vielen und Passepartout sind die diesjährigen musikalischen Headliner der e-Ventschau – neben vielen weiteren Bands und Newcomern aus der Region. Die australische Band Tijuana Cartel spielt das Publikum am Freitagabend in galaktische Sphären: Electro-Beats, World-Music, Flamenco – von allem etwas und auf jeden Fall enorm virtuos und hörenswert! Rainer von Vielen aus dem Allgäu ist ja vielen im Norden bereits wohlbekannt. Energie pur. Während andere Bands sich in keine Schublade stecken lassen wollen, ist Rainer von Vielen gerne die Kommode. Ska, Soul und Rap'n Roll sind zum Abschluss der Live-Acts auf der e-Ventschau 2019 zu hören. Auch die achtköpfige Band Passepartout aus Braunschweig wird kräftig einheizen.

Freitag, 9. August ab 17 Uhr, und Samstag, 10. August ab 14:00 Uhr, Hof Thiele, Am Bruch 1, 21371 Tosterglope OT Ventschau, Landkreis Lüneburg (tk, pm)

In drei Phasen werden die Suchräume eingengt. Die Vorschläge der Bundes-Gesellschaft für Endlagerung (BGE) werden am Ende jeder Phase vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) geprüft. Jede Phase endet mit einem Gesetz.

Phase 1: Ermittlung der Regionen für die *übertägige* Erkundung

Die BGE sammelt vorhandene Geo-Daten und wendet festgelegte Kriterien auf sie an. Aktuelles Problem ist schon die Erhebung dieser Daten. Später veröffentlicht sie ihren Vorschlag für Teilgebiete, den die „Fachkonferenz Teilgebiete“ aus Bürgern, Gemeindevertretern und Experten erörtert.

Die BGE entwickelt anschließend Programme für die *übertägige* Erkundung. Dann richtet das BfE jeweils genau eine „Regionalkonferenz“ ein, über die die Öffentlichkeit Stellung nehmen kann.

Im „Rat der Regionen“ kommen Vertreter der Regionalkonferenzen mit Vertretern der Zwischenlagergemeinden zusammen und begleiten das Verfahren aus überregionaler Sicht. Dies alles geschieht unter Zeitdruck.

Phase 2: Ermittlung der Standorte für die *untertägige* Erkundung

Die BGE erkundet *übertägig*, führt Sicherheitsuntersuchungen sowie sozioökonomische Potenzialanalysen durch. Sie wendet zur Ermittlung der Orte für die *untertägige* Erkundung erneut Kriterien an und erarbeitet Programme für die *untertägige* Erkundung.

Phase 3: Festlegung des Standortes für die Endlagerung

Die BGE erkundet die Standorte *untertägig* und führt Sicherheitsuntersuchungen durch. Sie wendet erneut die gesetzlich festgelegten Kriterien an und erstellt dann einen Standortvorschlag für das Endlager einschließlich eines zugrunde liegenden Standortvergleichs von mindestens zwei Standorten. Kritiker halten die Kriterien für einen Parteienkompromiss. Gorleben kann immer als Joker gezogen werden, weil das Bergwerk im Stand-By-Betrieb gefahren wird.



Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR gibt es gesammelt unter

⁸ www.gorleben-rundschau.de/links

- ¹ https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=wjZ3q1-NxgY
- ² [www.https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Castoren-kommen-2023-auch-nach-Brokdorf,brokdorf312.html](https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Castoren-kommen-2023-auch-nach-Brokdorf,brokdorf312.html)
- ³ <https://www.atommuellreport.de/projekte-termine/bildung.html>
- ⁴ <https://www.einstrahlendesland.de/>
- ⁵ <http://www.atomtransporte-hamburg-stoppen.de/>
- ⁶ <https://zwischenlager.info/wp-content/uploads/2019/05/Jahresbericht-Umgebungs%20berwachung-2018.pdf>
- ⁷ <https://www.atommuellreport.de/themen/atommuell/einzelansicht/atommuellkarte-aktualisiert.html>
- ⁸ <https://e-ventschau.de/>



Der Protest zum Fest

Die Kulturelle Widerstandspartei 2019

Mit einer Torte, einer Demo-Modenschau, Polit-Talks und Musik hat die Kulturelle Landpartie am Freitag vor Pfingsten ihren dreißigsten Geburtstag gefeiert – natürlich in Gorleben an den Atomanlagen auf der Kulturellen Widerstandspartei. Eine feine Geburtstagstafel mit edlem Kaffeegeschirr und vornehm gekleideten Teilnehmer/-innen markierte einen der Höhepunkte der Geburtstagsfeier – bis zum Umbau, dem Auftakt für das zweite Highlight: Für eine Modenschau zeitgenössischer Widerstandsklamotten wurde die lange Kaffeetafel kurzerhand zum Laufsteg umfunktioniert. Parkas aus den Achtzigern, dicke Wollpullis, Regenmäntel und -stiefel – vieles schön bemalt mit markigen Sprüchen – gaben die optische Untermalung für einen Abriss der Geschichte des Gorleben-Widerstands. Schauspielerin Kerstin Wittstamm glänzte in ihrer Rolle als Funktionärin der Atomindustrie in einem fast schon militärisch anmutenden Outfit. Die Chronologie aus ihrem Munde und aus Sicht der Atomlobby zu beschreiben, war erfrischend neu – und wurde von rund 500 Zuschauern begeistert aufgenommen. Vielleicht muss Geschichte heute eher auf diese unterhaltsame Art erzählt werden. Fakt ist jedenfalls, dass die politischen Reden auf der Hauptbühne bei weitem

nicht so viel Zulauf hatten, obwohl vom Gehalt her Ähnliches transportiert wurde. Großen Zulauf gab's dagegen beim Gorlebener Gebet, der regelmäßig stattfindenden ökumenischen Andacht im Wald, zu Ehren der Widerstandspartei mit einem Vortrag von Fernsehjournalist Franz Alt: „Der Appell von Jesus an die heutige Welt: Kämpft gegen die Atomenergie und gegen Atomwaffen!“ Musikalisch umrahmt wurde die Andacht vom „Wendland Hippie Orkestra“ und dem „Home Planet“ Chor. Weniger launig, aber doch auch mit hohem Erlebnisfaktor waren die Treckerrundfahrten um das prospektive Endlager-gelände: Landwirte auf Fendt, Deutz und Deere vorneweg, dahinter ein Anhänger voll Besucher/-innen und ein Vertreter der Bäuerlichen Notgemeinschaft, der auf seine ganz persönliche Weise seine ganz persönliche Sicht auf „Gorleben“ und die vergangenen 40

Jahre darlegte. Authentisch – und für viele Besucher/-innen hoch spannend. Hunderte gingen so auf den gut zwei Kilometer langen Parcours rund um das so genannte Erkundungsbergwerk, das im Salzstock Gorleben aufgefahren

wurde und das im Stand-By-Betrieb offengehalten wird, allen geologischen Einwendungen zum Trotz.

So war die Kulturelle Widerstandspartei auch 2019 wieder „die etwas andere Art, zu demonstrieren“. Einerseits. Andererseits gab und gibt es auch Kritik am Konzept der „KWP“, am so genannten „Gorleben-Tag“ der Landpartie über-

haupt. Es stehe, so heißt es von Veranstalter/-innen einzelner Wunde.r-punkte, der Festival-Charakter zu sehr im Vordergrund und die KWP würde zu wenig als Demonstration wahrgenommen. „Dabei“, so Wolfgang Ehmke von der BI Lüchow-Dannenberg, „ist vielen Menschen gar nicht bewusst, dass das

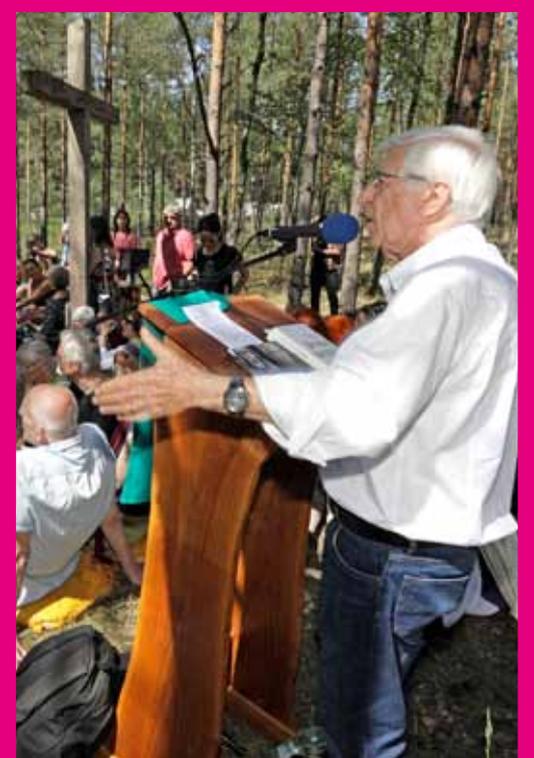
Wir erklären, dass die Endlagersuche viele Mängel hat, das Festhalten an Gorleben ist allerdings ein gewichtiger. Und wir wollen einmal glauben, was uns Politiker/-innen sagen: Würde es mit rechten Dingen zugehen, wird Gorleben bei der Endlagersuche wegen seiner vielen geologischen Mängel rausfallen.





Endlagerprojekt in Gorleben nicht aufgegeben wurde." Längst jedoch geht es auch auf dem Gorleben-Tag um die Themen Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Zahlreiche Politrunden, Infostände und Gespräche hatten diese Themen zum Inhalt.

Erst ein kräftiges Gewitter um Mitternacht setzte der anschließenden Party ein Ende. Regenfeste Menschen verharren allerdings bis zum Schluss um kurz vor 3 Uhr zu den Klängen der widerständigen





Der Protest zum Fest

Kulturelle Widerstandspartei

gen Songs des Berlin-Boom-Orchestras. Wenn man vom ungebrochenen Enthusiasmus der Organisator/-innen der Widerstandspartei auf die Zukunft der Veranstaltung schließen darf, dann wird es wohl auch 2020 wieder den Protest zum Fest geben. Wann das sein und wie der dann aussehen wird, damit gehen die Macher/-innen derzeit noch schwanger. Sie haben noch neun Monate Zeit.





Beteiligung wider Willen

Martin Donat: „Missbrauch des wendländischen Widerstands!“

Öffentlichkeitsbeteiligung Der 17. Juni 2019 war in der Niedersachsen-Hauptstadt Hannover ein denkwürdiger Tag deutscher Atommüllpolitik, markierte er doch einen angeblichen „Neustart der Endlagersuche“ in dem vom deutschen Atommüll so arg gebeutelten Bundesland. BI-Vorsitzender **Martin Donat** war Teil der geladenen Öffentlichkeit. In diesem Artikel berichtet er von seiner Enttäuschung über das Verfahren der „Neuen Endlagersuche“.

Ein derartiger Neubeginn war schon ein Dutzend Mal postuliert worden, so beispielsweise vom Bundesumweltministerium, aus der Küche eines Umweltministers Peter Altmaier heraus, in der sogenannten „Endlagerkommission“ (die doch in Wirklichkeit eine Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe war), im Umweltausschuss des Bundestages und nach der parlamentarischen Verabschiedung des ergebnisoffenen Endlagersuchgesetzes (welches doch in Wirklichkeit ein durchsetzungsorientiertes Standortauswahlgesetz ist).

Neu an diesem bemerkenswerten Montag war jedoch, dass das im Drei-Parteien-Konsens beschlossene Gesetz zur Auswahl eines

hochradioaktiven Endlagerstandortes erstmals von den Verfahrensverantwortlichen im Rahmen bundesweiter Informationsveranstaltungen der interessierten Bürgerin und dem betroffenen Bürger vorgestellt wurde. Eine derartige Verpflichtung ergibt sich aus Paragraph 5 des Standortauswahlgesetzes (StandAG), wo im zweiten Absatz geregelt ist, dass das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) die Öffentlichkeit frühzeitig und während der Dauer des Standortauswahlverfahrens umfassend und systematisch über die Ziele des Vorhabens, die Mittel und den Stand seiner Verwirklichung, sowie seine voraussichtlichen Auswirkungen zu unterrichten habe. Soweit erst mal keine Kritik seitens der

Bürgerinitiative, wenn man einmal davon absieht, dass sich sicherlich mit Recht auch in Frage stellen ließe, ob nur eine einzige Veranstaltung in der Landeshauptstadt angesichts der weit verstreuten potenziellen „Teilgebiete“ des Flächenlandes Niedersachsen überhaupt ausreichend und angemessen ist.

Schon schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob und wie denn „die Öffentlichkeit frühzeitig (...) über die vorgesehenen Beteiligungsformen beteiligt wird“, wie der zweite Absatz des Paragraphen 5 StandAG ebenfalls vorsieht. Eingeladen war jedenfalls zu einer „Informationsveranstaltung“, von 19 bis 20 Uhr war eine „gemeinsame Diskussi-



on mit dem Publikum“ vorgesehen, in welcher jedoch überwiegend die Vertreter des Bundesamtes, der Bundesgesellschaft für Endlagerung und des Nationalen Begleitgremiums zu Wort kamen. Obwohl als Diskussion angekündigt, fragte die Moderation in gewohnter Weise die „Fragen“ des Publikums ab, und eine wirklich kontroverse Diskussion vermochte sich weder angesichts des Zeitrahmens, noch des gewählten Formates mit ausschließlich aus der Administration gewählten Podiumsvertretern zu entfalten.

Eigentlich kam es gleich zu Beginn, nach der Begrüßungsrede des Museumsleiters Prof. Dr. Thomas Schwark, zum Eklat, als die Anwesenden betreten den empörten Protest des Autors dieser Zeilen zur Kenntnis nehmen mussten. Bürgerinitiative und Gorleben Archiv bestückten nämlich gerade aus Anlass des Gorleben-Trecks 1979 eine Ausstellung des Historischen Museums zur Demokratieentwicklung „Trecker nach Hannover“ mit vie-

len Exponaten des Widerstands und hatten dazu rechtzeitig im Vorfeld eine begleitende Informationsveranstaltung und Podiumsdiskussion zur Endlagersuche beim Museum angefragt. Mit dem Hinweis auf die anstehenden Europawahlen wurde eine derartige Veranstaltung „mit einem aktuellen politischen Diskurs“ vom Historischen Museum abgelehnt. Danach habe man während der Laufzeit der Ausstellung leider keinen Termin mehr frei. Vor diesem Hintergrund brüskierte die plötzliche Einladung des Museums zu einer politischen PR-Veranstaltung des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit den gesamten wendländischen Widerstand. Dieser stünde nicht als Kulisse für ein angeblich ergebnisoffenes Auswahlverfahren zur Verfügung, das man wegen eklatanter Mängel und Vorfestlegungen stets vehement kritisiert und abgelehnt habe.

Im Rahmen der Vorstellung der Akteure Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE), Bundesgesell-



Martin Donat ist Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und zudem Mitglied des Kreistags in Lüchow-Dannenberg sowie Vorsitzender des dortigen Atomausschusses



schaft für Endlagerung (BGE) und des Nationalen Begleitgremiums (NBG) durch den Präsidenten Wolfram König (BfE), die Geschäftsführer Steffen Kanitz und Stefan Studt (BGE) und den BUND-Verteter Klaus Brunsmeier (NBG) wurden auch die aktuellen und geplanten Verfahrensschritte benannt. Es werde nun – im Gegensatz zur einstigen Benennung Gorlebens – „nach vorher festgelegten Kriterien“ gesucht. Die Auswahl könnten Bürger von Anfang an „im Internet verfolgen“. Derzeit befinde man sich im ersten Schritt der ersten Phase, es seien bereits „sämtliche Daten von den geologischen Landesämtern“ eingegangen und müssten nun anhand der festgelegten Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und Abwägungskriterien bewertet werden. Zum Umgang mit den geschützten Daten privater Dritter (zum Beispiel aus Explorationsbohrungen für Bodenschätze) läge noch kein Geologiedatengesetz vor (s. Artikel S. 22); das Bundeswirtschaftsministerium arbeite jedoch derzeit an einem entsprechenden Entwurf. Wie ich mich

allerdings noch während der Sitzung überzeugen konnte, fanden sich zwar eine verwirrende Vielfalt von Berichten und Gesprächsprotokollen auf den einschlägigen Informationsseiten des BfE und der BGE, aber die angeblich bereits vollständig übermittelten geologischen Daten der Landesämter, die ja als wesentliche Basisdaten zum Ausschluss oder Einschluss der Suchgebiete gelten müssen, eben doch nicht...

Von der anwesenden Öffentlichkeit eröffnete Jochen Stay von der Initiative .ausgestrahlt die Diskussionsrunde und trug in kurzen Sätzen die Kernpunkte der Kritik der Anti-Atom-Initiativen und Umweltverbände am Standortauswahlgesetz und der gegenwärtigen Standortsuche vor. Die politische und eben nicht wissenschaftliche Aushandlung von Kriterien kam dabei ebenso zur Sprache, wie die eklatanten Mängel bei der angeblichen Beteiligung der Öffentlichkeit. Besonders das Ausbleiben der Transparenz in Bezug auf private Geodaten und die Krise bei der Nachbenennung des Natio-

nenal Begleitgremiums schaffen kein Vertrauen und offenbarten die politischen Einflussnahmen. Derartige Einflussnahmen bei der Festlegung von Kriterien wies Steffen Kanitz von der BGE, der seinerzeit auch der Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe angehörte, von sich. Wolfram König vom BfE äußerte die Einschätzung, dass die Begehrlichkeiten auch auf „den alten Standort“ zurückfallen könnten, wenn das gegenwärtige Verfahren scheitere. Diese auch schon von anderer Seite gehörte Bewertung erschien mir besonders aus dem Munde des Präsidenten der mit der Endlagersuche betrauten Behörde einigermaßen obskur, da es ja angeblich ein Konsens von Bundestag und Bundesrat und der beratenden Gremien war, der ein aufwändiges neues Auswahlverfahren dringend erforderlich machte, weil die willkürliche Benennung Gorlebens weder rechtlich noch wissenschaftlich haltbar gewesen wäre. Es sei in einer Demokratie richtig, wenn der Bundestag die letzten Entscheidungen treffe. Dagegen müsse man sich einmal

anschauen, wer die Kritiker des Verfahrens seien und wie wenige Menschen dahinterstehen, so König.

Diese Äußerungen veranlassten mich nun auch zu einer Wortmeldung. Ich habe hier ein mehrfaches Déjà-vu, sagte ich. Auch damals, vor über 40 Jahren und in den Jahren danach, habe der Umgang des Staates mit Kritikern mit der Diskreditierung und Bagatellisierung des Widerstands im Wendland begonnen. Es sei an dieser Stelle auch noch einmal an das „unappetitliche Pack“ erinnert; in dieser Weise mussten sich Bauern und Bürger/-innen im Wendland 1996 beim Castortransport vom damaligen Innenminister Kanther beschimpfen lassen (einem Innenminister übrigens, der später im Spendenskandal der hessischen CDU rechtskräftig wegen Untreue verurteilt wurde). Eine derartige Zuschreibung nahm der Präsident des Bundesamtes freilich nicht vor, aber er ließ eben auch offen, was er genau mit seinem Einwand meinte. Ob es viel oder wenige Menschen seien, könne ich nicht ermitteln, aber die Kritik am StandAG und der gegenwärtigen Standortsuche teilen sämtliche Anti-Atom- und Standortinitiativen der Republik, sowie alle mit der Atommüllproblematik befassten Umweltverbände, übrigens einschließlich des BUND, dessen Vertreter sich ja auf dem Podium befinden.

Dabei sei es besonders erschreckend, dass geologische Grundlagendaten wieder nicht vorliegen, wobei sich dies nicht nur auf die Daten privater Dritter beziehe, sondern eben auch auf die Ursprungsdaten der geologischen Landesämter, die gegenwärtig nicht abrufbar seien, wovon ich mich noch während der Veranstaltung überzeugt habe. Von einer frühzeitigen Information könne so in keiner Weise die Rede sein, von Beteiligung schon gar nicht. Auch damals waren die Bohrdaten nicht verfügbar, und in den 90er-Jahren wurden gar Bohrkern- und Bohrprotokolle wissentlich vernichtet, so dass die sich aus ihnen ergebenden Bewertungen nicht mehr



Während im Historischen Museum in Hannover die Ausstellung „Trecker nach Hannover“ lief (oben), nutzte das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit die Räume für eine Informationsveranstaltung (links)

nachvollziehbar waren. Die Aussage von Herrn Kanitz, es habe keine politische Einflussnahme auf Kriterien gegeben, erscheine mir schon deshalb besonders unverständlich, weil im Wendland deutlich der Eindruck entstanden sei, dass gerade er es gewesen war, der sich in der Endlagerkommission für Aufweichung der Kriterien eingesetzt habe, die bei ihrer Anwendung einen Standort Gorleben von vornherein ausgeschlossen hätten. Hier wären insbesondere ein Einbruchsee in einem Salzstock sowie ein Deckgebirge aus wasserundurchlässigem Gestein zu nennen. Dass Gorleben trotz seiner desaströsen Geschichte nicht aus einer Endlagersuche ausgeschlossen werden dürfe und bereits auf einer angeblich weißen Landkarte vorgezeichnet wäre, war essentieller Bestandteil des politischen Kompromisses zwischen den drei Bundestagsparteien und den Ländern. Herr Kanitz präziserte allerdings noch einmal, dass beim Vergleich zweier ansonsten für gleich geeignet befundener Standorte demjenigen mit einem intakten Deckgebirge der Vorzug gegeben werde.

Eine zweite wichtige und eigentlich unverzichtbare Frage, ob nämlich diese „Informationsveranstaltung“ bereits als „Beteiligung“ der Öffentlichkeit gewertet werde und wann denn sonst die vom Gesetz formulierte „frühzeitige“ Beteiligung mittels der „vorgesehenen Beteiligungsformen“ (StandAG § 5, Abs. 2) beginnen solle, wenn doch laut Bundesamt und Bundesgesellschaft für Endlagerung der erste Schritt der ersten Phase schon in vollem Gange sei, vermochte der Verfasser angesichts der knapp bemessenen Zeit nicht mehr zu stellen. Ein Mitarbeiter beantwortete die Frage jedoch folgendermaßen: Diese Veranstaltung sei eine reine Informationsveranstaltung gewesen. Die erste Veranstaltung jedoch, auf welcher ich (als Kommunalvertreter) gewesen sei, sei bereits eine Veranstaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung gewesen. Gemeint war hiermit die Dialogveranstaltung für kommunale Gebietskörperschaften des BfE. Mir waren aus dieser Veranstaltung neben zahlreichen Kritikpunkten besonders in Erinnerung, dass der Moderator mal

eben frisch vorschlug, die gesetzlichen Fristen des Standortauswahlgesetzes zu verlängern, ohne lange das Gesetz zu evaluieren oder den Gesetzgeber zu bemühen. Zahlreiche Kommunalvertreter waren nämlich mit mir einer Meinung gewesen, dass beispielsweise eine Stellungnahmefrist von drei Monaten, wie sie für die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange für die jeweiligen Vorschläge vorgesehen ist, völlig inakzeptabel und an der Realität von Ladungsfristen kommunaler Gremien, der Inanspruchnahme von externen Sachverständigen einschließlich Kostenübernahmebeschlüssen vorbei geht und forderten folgerichtig die Ausweitung dieser Fristen. Dabei stand die Drei-Monatsfrist auch nur beispielhaft für etliche andere Stellungnahme- und Beteiligungs-Fristen des StandAG, die sämtlich zu Ungunsten der Betroffenen festgelegt wurden. Von diesen fundamentalen mündlich vorgebrachten Forderungen fand sich allerdings in der Dokumentation der Dialogveranstaltung außer abfotografierten Moderationskärtchen nichts mehr wieder.

In seinem Positionspapier zur Öffentlichkeitsbeteiligung stellt das BfE fest: „... Konflikte sind konstruktiv, wenn sie durch eine kritische Auseinandersetzung mit Sachthemen, durch das Aufwerfen von Fragen und das beharrliche Bestehen auf Antworten zur Klärung beitragen. Solche Konflikte begrüßen wir, weil sie helfen können, bessere Lösungen und Ergebnisse zu erzielen.“ So weit, so gut. Aber weiter geht es: „Konflikte sind unproduktiv, wenn sie sich in Details und Wiederholungen verzetteln, auf persönlichen Befindlichkeiten beruhen und einzig das Ziel verfolgen, einzelne Standorte zu verhindern und das Verfahren zu verzögern. Solche Konflikte versuchen wir zu vermeiden. Gelingt das nicht, werden wir sie durch eine begründete Entscheidung beenden...“

Es bleibt festzustellen, dass es die Details waren und die Wiederholungen stets gleicher Wahrheiten, wie beispiels-



Bürgerbeteiligung ist und bleibt ein mühsames Unterfangen. Für beide Seiten.

weise der Wassergängigkeiten und dem Fehlen eines Deckgebirges, dem Fehlen von Öffentlichkeitsbeteiligung und dem Mangel an Transparenz, Fairness und Alternativenprüfung, welche das Desaster eines geologisch ungeeigneten aber politisch gewollten Endlagers Gorleben bislang erfolgreich verhindert haben. Jeder ernsthafte Konflikt mit Anwohner/-innen um einen Endlagerstandort dürfte vernünftigerweise erst einmal von dem Ziel geprägt sein, eben diesen Standort zu verhindern. Aber erst dieses legitime Engagement vermochte bisher Schlimmeres als die Havarien von Morsleben und der Asse zu verhindern und sollte als ultimative Qualitätsanforderung begriffen werden. Erst ein Verfahren und eine Argumentation, die auch die Betroffenen zu überzeugen vermag, dürften sich als die relativ Besten erweisen. Und ein qualitativ hochwertiges Verfahren wird ohne eine zeitliche Ausweitung, also die „Verzögerung“ des Verfahrens gar nicht möglich sein, wie bereits oben am Beispiel dargelegt. Einen Staat, der solche berechtigten Konflikte einfach durch „eine begründete Entscheidung beendet“, haben wir im Wendland schon erlebt. Dieser Staat musste seine Entscheidungen dann allerdings auch mit dem Polizeiknüppel durchsetzen und ist letztlich mit dieser Herangehensweise gescheitert.

Das Museum hat meiner Auffassung nach mit der Ausstellung und den Exponaten des wendländischen Widerstands Missbrauch betrieben. Für die Menschen, die ihre persönliche Widerstandsgeschichte und ihre Gegenstände in gutem Glau-

ben dem Archiv des Widerstands, dem Gorleben-Archiv, überlassen haben, ist eine derartige Instrumentalisierung der „worst case“. Das Museum, das eine Veranstaltung des Widerstands oder eine pluralistische Veranstaltung zur gegenwärtigen Standortsuche ausgeschlagen hat, hat aber ohne Not die Ausstellung von 40 Jahren Widerstandsgeschichte den staatlichen Akteuren als Bühne für ihr Regierungshandeln überlassen, gegen welches sich dieser Widerstand stets richtete. Dass diese Behörden und Gesellschaften Andere wären, als die bisherigen, hätten sie vortrefflich in einer kontroversen Veranstaltung darlegen können. So aber haben sie sich in die durchsetzungsorientierte Tradition gestellt. Das Museum sollte sein Handeln dringend zusammen mit dem Institut der Didaktik der Demokratie, den Studierenden der Leibnitz-Uni und der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und letztlich auch mit dem Gorleben-Archiv und der Bürgerinitiative überdenken und etwas zur Wiedergutmachung anstrengen.

Ob das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit als Verfahrensträger sich auch gleichzeitig als „unabhängiger Moderator“ eignet, muss ich leider – abgesehen von der systemischen Unmöglichkeit einer derartigen Doppelrolle – auch zunehmend inhaltlich negativ beurteilen. Das Bundesamt sollte seinen Umgang mit Kritikern überdenken und diese nicht diskreditieren oder angreifen, sondern vielmehr ergebnisrelevante Formate der Beteiligung suchen und schaffen. Externe Moderation und die Berücksichtigung der Hinweise des Nationalen Begleitgremiums könnten dabei hilfreich sein.

Denn an einem beständigen Scheitern der Konzepte zur Dauerlagerung des hochradioaktiven Atommülls kann wirklich niemand ein Interesse hegen. Auch wir im Wendland übrigens nicht, die wir in jedem Fall noch davon ausgehen, Jahrzehnte oder gar noch hundert Jahre mit dem nach Gorleben durchgeknüppelten Atommüll leben zu müssen.



„... darauf geachtet, unabhängig zu bleiben“

Nachruf auf die atomkritische Instanz *intac*

Wissenschaft Angst und Hysterie wurden den Bauplatzbesetzer/-innen vorgeworfen, die in den 1970er-Jahren die Abkehr von der Atomkraft forderten. Zwar gelang es ihnen, politische und juristische Verfahren durchzusetzen, aber Sachverständige fehlten. Daher schlossen sich kritische Wissenschaftler/-innen zusammen, um der Anti-AKW-Bewegung sachlich-fundierte Argumentationsgrundlagen zu geben. Einer dieser Zusammenschlüsse war das Gutachterbüro *intac* in Hannover. Vor 40 Jahren als „Gruppe Ökologie“ (GÖK) gegründet, ermöglichte und prägte es maßgeblich die Auseinandersetzungen um Atomstandorte wie Gorleben, Asse und Schacht Konrad. Im Frühjahr ging *intac* „in Rente“. Ein Bericht von **Juliane Dickel**

Wolfgang Neumann lehnt an einem Bücherregal, ein Überrest der alten hauseigenen Bibliothek. Der Diplom-Physiker trägt ein blaues Hemd und Jeans, die Hände in den Taschen. Das Haar dunkel, der Bart weiß. Er erinnert sich an die Anfänge: Die „Gruppe Ökologie Institut für ökologische Forschung und Bildung Hannover e.V.“ wurde 1979 als Folge des Gorleben Hearings von Ministerpräsident Albrecht gegründet. Erst Zweigstelle des Freiburger Öko-Instituts, machte sie sich ein Jahr später selbstständig. Zu Atomenergie kamen Themen wie Abfallwirtschaft, Altlasten und Lärmschutz. Mit Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg wurde der Bereich des Ökologischen Landbaus ausgebaut. „Deshalb gab es dort die ersten Ökobauern, die auch schnell immer mehr wurden“, berichtet Neumann stolz, der 1988 zur GÖK stieß.

» Selbstverwaltet und hierarchiefrei

Da die GÖK ein spendenfinanzierter Verein war, wurde zur Abwicklung der Aufträge 1988 eine gleichnamige GmbH gegründet, die 1994 umbenannt wurde in: *intac* Beratung-Kon-

zepte-Gutachten zu Technik und Umwelt GmbH. „*intac* war ein reiner Kunstname, der sachlicher wirken sollte“, so Neumann, der immer noch am alten Namen hängt.

Für den gebürtigen Westberliner mit einer stark hierarchisierten Erstausbildung bei Siemens sei immer schon wichtig gewesen, selbstbestimmt arbeiten zu können. „Als ich die Anzeige der Gruppe Ökologie gesehen habe, wusste ich: Da kann ich umsetzen, was ich mir politisch immer vorgestellt und gewünscht habe.“ Denn in der selbstverwalteten GÖK in der Hand der Belegschaft gab es nie Hierarchien, dafür immer interdisziplinäres Arbeiten und gleiches Geld für alle. Aber so ein selbstverwalteter Betrieb habe auch viel zusätzlichen Zeitaufwand bedeutet: „Wir haben uns einmal pro Woche getroffen und ausgetauscht. Und jeder war mal dran mit Koch- und Putzdienst.“ Neumann macht beim Erzählen immer wieder kurze Denkpausen: „In den besten Zeiten waren wir um die 20 – mit Zivildienstleistenden und Praktikanten. Damals haben wir eine ganze Etage belegt. Jetzt sind es nur noch eineinhalb Räume, eine Kammer und ein halber Keller.“ Aber sie seien



Wolfgang Neumann bei einem Vortrag in Dannenberg im November 2013

ja auch nur noch zu zweit. Der zweite im Bunde ist Diplom-Geologe Jürgen Kreuzsch.

» Essentielle Arbeit, finanziert mit Ablassspeisen

Seit den 1980er-Jahren arbeitete die GÖK für die Kritiker von Schacht KONRAD als Gutachter und Sachbeistand in Verfahren. Als unabhängige wissenschaftliche Berater wurden Neumann und Kreuzsch zum ASSE-2-Begleitprozess hinzugezogen – vorgeschlagen von Betroffenen und Landrat, bezahlt vom Bundesumweltministerium. Vor Ort wurde ihre Expertise geschätzt, aber Jahr für Jahr stand die Finanzierung zur Disposition.

Für Verbände und Bürgerinitiativen entwickelten sie, gemeinsam mit weiteren Wissenschaftler/-innen, grundsätzliche Positionen zum Umgang mit Atommüll, die nach und nach zum Bezugspunkt der öffentlichen Auseinandersetzung wurden. Sie waren Mitglied im AKEnd, der 2000 bis 2002 im Auftrag des Bundesumweltministeriums Vorschläge zur Neuorientierung der Endlagerung machte, und in der Projektgruppe Nationaler Entsorgungsplan im Bundesumweltministerium von 2000 bis 2005, in der unter anderem erstmals eine Aufstellung für alle radioaktiven Abfälle in Deutschland erarbeitet wurde.

Ein wichtiger Punkt für Neumann war zudem die Frage der Sicherheit bei der Zwischenlagerung. Und natürlich viele kleine und große Arbeiten zu Sicherheitsfragen an laufenden Atomanlagen und bei der Stilllegung.

Asta von Oppen, Sprecherin der Rechtshilfegruppe Gorleben, weiß um die Verdienste der Gruppe Ökologie: „Sie haben dazu beigetragen, die Einlagerung der Castoren um Jahre zu verhindern und die Technik wesentlich zu verbessern.“ Dies sei aber nur möglich gewesen, weil die Wissenschaftler/-innen für einen Hungerlohn gearbeitet hätten. Gelder, so von Oppen, die die Bürgerinitiativen „mit dem Verkauf von Schmalzbroten, Luftballonaktionen, Kunstversteigerungen und Ablassspeisungen gesammelt haben.“

Rechtsanwalt Nikolaus Piontek hat die Prozesse gegen Castor-Transporte und das Atomlager Gorleben geführt. Die GÖK habe nicht nur Gutachten und Expertisen für bescheidene Honorare gemacht, sondern sei auch als Sachbeistände bei den Verhandlungen vor Gericht aufgetreten. „Ich konnte anrufen oder auch mal nach Hannover kommen. Das war eine große Hilfe, und die Juristen hätten ohne die GÖK ihre Arbeit nicht leisten können“, so der Hamburger Anwalt, der seit Februar 2018 ebenfalls im Ruhestand ist.

» Prekäres Geschäftsmodell

Nicht nur, dass sie weniger verdient haben, das Wochenpensum betrug auch deutlich mehr als 40 Stunden. Und dann gingen in den 90er-Jahren die Aufträge merklich zurück, berichtet Neumann. Im Bereich Abfallwirtschaft hatten die Kritiker/-innen durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz gewonnen – verloren dafür aber das Standbein. Und durch den Solidaritätszuschlag im Zuge der Wiedervereinigung hatten

Kommunen kein Geld mehr für Aufträge. Vorausschauend bemühte sich das Öko-Institut bereits Mitte der 80er-Jahre vermehrt um Aufträge staatlicher Institutionen, da die reine Arbeit für Basisinitiativen und Umweltverbände für ein Institut kein zukunftsfähiges Geschäftsmodell gewesen wäre, erklärt Geschäftsführer Michael Sailer, der mit Neumann und Kreusch in verschiedenen atompolitischen Bundeskommissionen saß. Mittlerweile arbeiteten dort 170 Personen, was allerdings auch eine Mindesthierarchie erforderlich mache. Für die Gruppe Ökologie sei das keine Option gewesen, stellt Neumann klar: „Wir haben immer darauf geachtet, unabhängig zu bleiben. Wenn Aufträge von Ministerien eine deutliche Mehrheit im Jahresumsatz bildeten, haben wir das im nächsten Jahr wieder zurückgedrängt.“

Vielleicht wären mehr Kolleg/-innen geblieben, hätte man sich stärker auf öffentliche Aufträge konzentriert – und wären heute noch da, überlegt Neumann, winkt dann aber ab. Das sei Spekulation. Was ihn aber doch ärgere, seien Mitarbeiter in Ministeriumsabteilungen, die das Aufhören der intac jetzt bedauern würden: „Natürlich gab es damals auch passende Aufträge, auf die wir uns beworben haben, aber die haben sie anderweitig vergeben.“

Zwar konnte auch die intac immer wieder junge Menschen für ihr prekär-idealisiertes Geschäftsmodell begeistern, aber nicht halten. Neumann und Kreusch sind nun im Rentenalter. Und so schloss die intac im März 2019 endgültig.

» Unpräzise Pioniere

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD sieht im Ende des unabhängigen Ingenieurbüros einen großen Verlust. „Die intac hat für die AG wichtige Grundlagen für die fundierte wissenschaftlich-fachliche Auseinandersetzung mit den Atommüllprojekten im Braunschweiger Land geschaffen“, erklärt der Vorstand. Man werde sie schmerzlich vermissen: „Wir können nur hoffen, dass auch Wissenschaftler der jungen Generation bereit sind, einen ähnlichen Weg wie die intac-Mitarbeiter zu gehen.“

Von Oppen hofft, dass die Lücke zumindest teilweise staatlich gefüllt werden könne, denn die Forschung zu Sicherheitsfragen, Lagerung und Entsorgung hat gerade Konjunktur, auch dank der Arbeit kritischer Wissenschaftler/-innen. Von 2014 bis 2017 hat das Bundesforschungsministerium im Rahmen der Plattform ENTRIA, an der auch Neumann und Kreusch mitwirkten, die Beteiligung junger Wissenschaftler/-innen und nicht-technischer Disziplinen in diesen Bereichen finanziert. Für Neueinsteiger/-innen – auch kritische – vielleicht eine Perspektive. Ob das eine Alternative für Initiativen sein kann, bleibt abzuwarten.

Eine Generation lang war die intac Basis und Bezugspunkt intensiver wissenschaftlicher Arbeit. Voraussetzung waren sowohl Unabhängigkeit als auch persönliche Bereitschaft, Wissen nicht nur zu schaffen, sondern sich darüber auch in gesellschaftlichen Konflikten auseinanderzusetzen. Die fachlichen Ergebnisse werden überdauern. Der Versuch, gesellschaftlich verpflichtete, nicht staatlich finanzierte Intensiv-Forschung als hierarchiefreien Betrieb in Selbstverwaltung zu betreiben, einstweilen wohl nicht. Was bleibt, sind höhere Sicherheitsstandards an Atomanlagen und bei Transporten, nachwirkende Gutachten und eine kaum erreichbare Messlatte. Die kritischen Wissenschaftler/-innen haben Pflöcke für die öffentliche Auseinandersetzung geschlagen – fachlich fundiert, unaufgeregt und unpräzise.



Juliane Dickel arbeitet seit 2014 als freie Journalistin. Sie berichtet immer wieder auch über Atom-Themen, unter anderem von der Situation in Fukushima und der Endlagersuche. Juliane Dickel lebt in Berlin.



So gewinnt man kein Vertrauen

Ohne neues Geologiedatengesetz gibt es keine Transparenz bei der Endlagersuche

Öffentlichkeitsbeteiligung Bereits vor Jahren, als in der Endlagerkommission das Standortauswahlgesetz (StandAG) beraten und novelliert wurde, waren sich alle damaligen Parteien des Bundestages einig, dass für eine neue Endlagersuche für hochradioaktiven Atommüll die volle Transparenz des Suchverfahrens notwendig ist, um das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in ein faires und wissenschaftsbasiertes Verfahren wieder zu erlangen. Der dafür notwendige Passus über ein generelles Geologiedatengesetz wurde jedoch offen gelassen, da ein solches Gesetz ohnehin überfällig war und sofort nach dem StandAG vom Bundestag beschlossen werden sollte. Nun liegt seit Mitte Juli ein Gesetzesentwurf vor, doch den Akteuren läuft die Zeit davon. Ein Bericht von [Dieter Schaarschmidt](#) unter Mitarbeit von [Wolfgang Ehmke](#) und [Andreas Conrard](#)

Deutschland verfolgt einen ehrgeizigen Plan: Im Jahr 2020 sollen bundesweit Teilgebiete benannt werden, in denen der Bau eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle in Frage kommt. In rund einem Jahr soll der Bericht vorgelegt werden. Spätestens dann werden die Menschen in den benannten Regionen wissen, dass da Großes auf sie zukommen könnte. Spätestens dann werden sie wissen wollen, auf welcher Grundlage die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ihre Region als Standort für ein mögliches Endlager ins Auge gefasst hat.

Diese Grundlage sind rund 1 Million Daten, die der BGE von den geologischen Landesämtern übermittelt wurden. Sie bilden die Basis für die Auswahl der Teilgebiete. Nun allerdings zeigt sich immer

deutlicher: Quantität und Qualität der Daten sind über Deutschland sehr unterschiedlich verteilt, was einen neutralen Vergleich der Regionen kaum möglich macht. Und selbst da, wo viele Daten vorhanden sind, ist ihre Nutzung für die Endlagersuche häufig nicht möglich, weil sie Eigentum privater Firmen sind, die nach dem aktuell noch gültigen Lagerstättengesetz von 1934 nicht verpflichtet sind, die Daten herauszugeben. Rechtlich noch schwieriger ist die Veröffentlichung der im Privatbesitz befindlichen Daten. Transparenz durch Veröffentlichung aber ist das Hauptkriterium, das die „Neue Endlagersuche“ von dem 40 Jahre lang um Gorleben betriebenen Verfahren unterscheiden sollte.

Da wurde offenbar der zweite Schritt vor dem ersten gemacht:

Als 2016 das Standortauswahlgesetz (StandAG), also die „Neue Endlagersuche“ auf der so genannten „Weißen Landkarte“, verabschiedet wurde, gab es noch kein Geologiedatengesetz (GeolDG), das den Umgang mit den erforderlichen Daten hätte regeln können. Zwar wurde dessen Nachreichung für die Zeit „unmittelbar nach Verabschiedung des StandAG“ zugesagt, doch verabschiedet ist es bis heute nicht. Damit können Daten nicht genutzt, andere nicht veröffentlicht werden. Eine Transparenz – eigentlich Basis des StandAG – bei der Benennung der Teilgebiete in zwölf Monaten dürfte damit kaum noch möglich sein.

» **Intransparenz weckt Misstrauen**

Tatsächlich spitzen sich die Kon-

flikte gerade zu: Auf der Sitzung des Nationalen Begleitgremiums (NBG) Ende Mai in Peine erklärte der zuständige Bereichsleiter der BGE, Jörg Tietze, dass die Geodaten nicht veröffentlicht werden könnten, weil das Rechte Dritter verletze, zum Beispiel von Firmen, die nach Erdgas oder Erdöl gesucht haben. Ohne ein Geodatengesetz aber seien der BGE die Hände gebunden, bekräftigte Steffen Kanitz, der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung. Klaus Töpfer, der Co-Vorsitzende des NBG, hielt dagegen, damit sei einer der wichtigsten Aspekte der „Neuen Endlagersuche“, nämlich eine Transparenz von Anfang an, gescheitert – und blitzte ab. Sollte ein Geologiedatengesetz nicht rasch verabschiedet werden, werde es 2020 zu einem ersten „Clash“ bei der Endlagersuche kommen, merkte ein Vertreter der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) an. Denn keine Transparenz, das wecke Misstrauen.

» Neues Gesetz kurz vor knapp

Geologiedaten werden nicht nur von staatlichen Stellen, Landesämtern und Institutionen erhoben, um etwas über Geschichte, Aufbau und Rohstoffe des Untergrundes zu erfahren. Der größte Teil der Daten fällt bei privaten Firmen im Rahmen ihrer Suche nach wirtschaftlich interessanten Rohstoffen an. Genau diese privaten Rechte an Geologiedaten sind nun strittig, da eine generelle Veröffentlichung auch wirtschaftlichen Konkurrenten Vorteile verschaffen könnte.

Die Abwägung zwischen Transparenz und guter Information der Öffentlichkeit einerseits und privaten Wirtschaftsinteressen andererseits will seit drei Jahren nicht gelingen. Ein erster Vorentwurf des Gesetzes, der zwischen Wirtschaftsministerium, Umweltministerium und Justizministerium abgestimmt werden sollte, war nach Einblicken des Nationalen Begleitgremiums zur Endlagersuche (NBG) völlig untauglich, um Transparenz herzustellen und wurde sofort wieder zurückgezogen. Auch der zweite Auf-

schlag war nicht wesentlich erfolgreicher: Bei einer öffentlichen Tagung des NBG zum Geologiedatengesetz wurde von Sachbearbeitern des Wirtschaftsministeriums ein neuer Entwurf vorgestellt und diskutiert. Doch da der Entwurf nicht abgestimmt war, durfte er nicht veröffentlicht werden. Nun liegt ein Referentenentwurf vor, auf dessen Grundlage das Gesetz noch in diesem Herbst verabschiedet werden soll. Im Kern sieht er vor, dass private Rohdaten nach einer Übergangsfrist von fünf bis zehn Jahren veröffentlicht werden sollen. Diese Regelung umfasst allerdings keine interpretierten Daten oder geologischen Modelle. Für sie kann nur im Einzelfall eine Veröffentlichung beantragt werden. Außerdem wird es weiter Daten geben, die der Geheimhaltung unterliegen, was auch nicht zur Vertrauensbildung beiträgt.

» Das Daten-Dilemma

Dabei sind die Daten, von denen hier die Rede ist, ohnehin nur die Spitze des Eisberges. Es sind die etwa 10 Prozent digital vorliegender Daten. Alle älteren Akten, die bei den geologischen Landesämtern oder in alten Archiven schlummern, sind aus Papier und können in der Form nicht für die Endlagersuche genutzt werden. Die geologischen Landesämter haben mehrfach darauf hingewiesen, dass sie mit ihrer mageren Personalausstattung überhaupt nicht in der Lage sind, geologische Akten zu digitalisieren und auch noch lesbar zu machen. Dies berücksichtigt das neue Gesetz zwar, ob aber die vorgesehene eine Stelle pro Bundesland ausreicht, den enormen Aktenberg nutzbar zu machen, bleibt fraglich.

Zu den Alt-Akten gehören auch alte Bohrkernlager, die allerdings bisher aus Kostengründen immer weiter reduziert wurden. Das neue GeolDG umfasst nun endlich ein generelles Vernichtungsverbot für Alt-Akten und Bohrkern, bis ein brauchbarer Überblick über die geologischen Verhältnisse in Deutschland vorliegt. Das, freilich, bringt die schon vernichte-



Bisher wurde der Untergrund nur und ausschließlich in Gorleben explizit auf die Eignung für ein Atommüll-Endlager geprüft.

“ Rund 90 Prozent der geologischen Daten können bislang nicht verwendet werden, weil sie analog vorliegen

ten Bohrkern nicht mehr zurück. Diese Datenbasen sind verloren.

» Es drohen erneut Proteste

Ob es wirklich gelingt, innerhalb der kommenden wenigen Wochen ein Geologiedatengesetz zu verabschieden, bleibt abzuwarten. Und selbst wenn es kommt, bleibt fraglich, ob es in den dann folgenden zehn Monaten bis zum Sommer 2020 überhaupt möglich sein wird, wissenschaftlich fundiert die Teilgebiete für den Standort eines Atommülllagers bestimmen zu können. Unabdingbar erscheint, dass die geologischen Landesämter personell und finanziell in die Lage versetzt werden, ihre Datenschätze zu digitalisieren und für die Endlagersuche zur Verfügung zu stellen. Denn wenn bei der Vorstellung der Regionen, auf die der Bau eines Endlagers zukommen könnte, nicht sauber nachgewiesen werden kann, warum das Gebiet geeignet erscheint, dann wird das Vertrauen in die „Neue Endlagersuche“ weiter beschädigt. Was daraus erwächst, konnte man vierzig Jahre lang in Gorleben beobachten.



GORLEBEN SOLL LEBEN

Bundesweiter Aufruf

Die Energiedebatte im Bundestag, die wieder einmal vor fast leeren Bänken stattfand, hat gezeigt, daß wir nicht länger auf die Ermacht von Regierung und Opposition in

Für die Hannoversche Allgemeine Zeitung zählt der Gorleben-Treck „zu den wärmenden Mythen der Protestbewegung“, er bildet, so die feurige Formulierung, „im Lagerfeuer der Erinnerung bis heute einen besonders heißen Glutkern.“ Doch ich bin skeptisch gegenüber solch durchscheinender Romantik mit dem Geschmack von Frische und Freiheit auf der Wiese, ich misstrauere Rütli-Schwur und Blutsbrüderschaft. Passt das Pathos wirklich zu diesem nachhallenden Ereignis, das heute schon Geschichte ist, reif fürs Lesebuch, Thema für Museen und Ausstellungen?

Als Zeitzeuge und Teilnehmer hatte ich damals eher das Gefühl von einem Experiment mit unbekanntem Ausgang, einem Aufbruch, der vielleicht (!) vom ersten Grün ins helle Blau führen könnte. Es waren keine geschlossenen Reihen, die sich da formierten, keine weltanschaulich geschulten Bataillone, sondern tief verunsicherte, suchend und tastend Fragende. Es waren empörte, leidende, widerstehende, aber untereinander auch oft zerstrittene Menschen. Sie erlebten, wie das erzkonservativ-bäuerliche Wendland, abgelegen und abgehängt vom Rest der Republik, wie in einem Tsunami aus dem Zonengrenz-Status in den Mittelpunkt gesamtgesellschaftlicher Fragen geschleudert wurde.

Überfordert waren anfangs alle, Gegner und Befürworter, Politiker und Polizisten, Wissenschaftler und Bürger, Aussteiger und Alteingesessene. Und wir haben – wie gesagt: alle! - bitteres Lehrgeld bezahlt, manche Erfahrung blieb als Trauma zurück. Damals schrieb der im Wendland lebende Schriftsteller Hans Christoph Buch ein Tagebuch, das er zum Roman, zur Erzählung umgestalten wollte. Er ließ es dann doch beim „Bericht aus dem Inneren der Unruhe“, so der Titel seines „Gorlebener Tagebuch“ (1979). Nach dem Erscheinen geriet das Werk zur „Chronique scandaleuse“, es wurde von den Literaturkritikern und den Betroffenen heftig angefeindet. Die vom Autor mit Klarnamen benannten Personen aus dem Widerstand fanden sich verzerrt dargestellt, ihnen würde vom Autor übel mitgespielt, manche intime Bemerkung sei Verrat. Buch hat

daher in der 2. Auflage einige Namen verschlüsselt und sich entschuldigt. Heute liest man das Tagebuch anders, als literarisches Dokument: ab Seite 405 (in der 2. Auflage ab Seite 323) findet sich der minutiöse Bericht über die Proteste gegen die Bohrungen und über den dann folgenden Treck. Buch sieht dabei anfangs „die meisten BGSler als blutjunge Rekruten mit unschuldigen Kindergesichtern“, der Autor selbst wird wegen seiner Forderung nach Gewaltfreiheit von radikalen Widerständlern als „Gandhifreak“ beschimpft, und nur die Bauern machen es seiner Meinung nach richtig: „Anstatt sich draußen auf der Straße die Ärsche abzufrieren, sitzen sie in der Kneipe, trinken Schnaps und spielen Skat.“



Erinnerungen von Axel Kahrs

Doch der Konflikt spitzt sich zu, die Polizei bietet nun mit Waffen und Gerät die „reinste Militärparade“. Die eben noch als „blutjunge Rekruten“ eingeschätzten Polizisten stürmen los: „Man sieht ihnen an, wie geil sie darauf sind, mit ihren Gummiknüppeln auf uns loszuwachsen“, während ein Nazirentner beim Zuschauen meint, man müsse alle Demonstranten vergasen: „Kämmen können die sich nicht, aber demonstrieren.“

Und dann der Treck am ersten Tag: „Alle haben strahlende Gesichter, glänzende Augen und rote Backen, wie Kinder bei der Bescherung, spontaner Beifall ...“. Doch wieder kommt Streit auf: „Sollen wir beim Einmarsch nach Celle die Mauern des Knasts beschmieren, in dem der Justizminister achtzig Zellen für Atomgegner freigegeben hat?“ Nach der unvergesslichen Großdemo auf dem Klagesmarkt mit dem bejubelten Gruß an den „lieben Herrn Albrecht“ resümiert Buch: „Eines weiß ich, ich habe in dieser einen Woche zwischen feuchten Schlafsäcken, nassen Strohhallen und kalten Currywürsten unter triefigem Himmel mich selbst wiedergefunden“ – man sollte vor oder nach dem Besuch der Wanderausstellung „Trecker nach Hannover“ noch einmal bei Buch nachlesen, wie es aus seiner Sicht war, egal, ob es die billigere, namentlich verschlüsselte oder die originale Auflage des Tagebuches ist (beide sind nur noch antiquarisch zu haben) – hier gilt Max Frischs Satz: „Schreiben heißt: sich selber lesen.“ Lesen wir uns!

Frederika Stahl
Make a Change

besprochen von Nora Krohn

Now buckle down
 And start building up
 That better world that
 You would rather live in
 What are you waiting for?
 There's no time to waste
 Now pick up your
 Spade and dig in

The tables are turning
 Look up and you'll see
 The tables are turning

We can make a change
We can make a change
We can make a change
We can make a change

Rooted to the spot in
 Future-proof rubber boots
 I need to see you
 Sweat and work hard
 What are you waiting for?
 Where are you aiming to run?
It's time to play our last card

Text & Musik: Frederika Stahl

erstmalig erschienen auf
Demain (2015)

Wie so viele Freitage in den vergangenen Monaten, erwacht der Göttinger Bahnhofsvorplatz auch an diesem heißen Junitag zu besonderem Leben. Schülerinnen und Schüler verschiedenster Klassenstufen strömen seit kurz vor zehn aus allen Richtungen und verwandeln die Energie des Ortes. Wo sonst gehetzt und geeilt wird, wird nun sich versammelnd verweilt. Zwischen die Schulkinder mischen sich Studierende – wie wir. Hier und da blitzen bekannte, ältere Gesichter aus der jugendlichen Schar. Wir blicken uns um und freuen uns an der Menge der Leute, doch zeitgleich sprechen wir den Gedanken aus: Es könnten viel mehr sein.

Gerade bei den Studierenden sind vor allem die präsent, die sich ohnehin engagieren. Wo sind all die anderen? Zuhause, im Seminar, in der Bib, bei der Arbeit, beim Sport... Es gibt tausende Gründe und Ausreden und sicher auch einige valide – und doch wieder keine, denn: Es ist auch unsere Zukunft. Zeit, unsere Prioritäten zu sortieren. „There is no planet B“ steht auch auf einigen Plakaten. Wenn wir diesen zerstören, fragt keiner mehr nach Fehlzeiten, Noten oder Anwesenheitslisten. Und es sind nur zwei Stunden. Zwei Stunden für eine Zukunft.

Wir rufen „Wir sind hier und wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut!“ und tanzen hinter dem „Lautiwagen“ hinterher, aus dem der Soundtrack der Bewegung schallt. Wir heißen singend mit dem Klassiker der Imagine Dragons Radioactive die neue Zeit willkommen: „Welcome to the new age!“. Für zehn köstliche Minuten wird die Kreuzung vorm Neuen Rathaus zur Tanzfläche. Zwischen all den berühmten Widerstandshymnen, die sich auf der FRIDAYS FOR FUTURE-Demoplaylist finden, entdecke ich diesen kleinen feinen Song einer in Frankreich lebenden schwedischen Singer-Songwriterin. Statt in starke Beats und harten Rap, mitreißenden Call-and-Response oder in ergreifende Balladenform hüllt Fredrika Stahl ihre Aufmunterung, dass wir tatsächlich etwas verändern können, in das luftige Sommerkleid einer hüpfenden Gute-Laune-Melodie.

Federleicht fliegt ihre feine Stimme schon in den ersten Zeilen an unerwarteten Stellen in helle Höhen. Nichts an dem Song wirkt angestrengt und eine herrliche Leichtigkeit pustet jegliche Schwere aus dem sonst oft etwas verbissenen Kampf für eine bessere Welt. Der Song ist Teil des Original Soundtracks des mit dem Cesar gekrönten Dokumentarfilms Tomorrow – Die Welt ist voller Lösungen (Originaltitel: Demain), der sich zum Ziel gesetzt hat, nachhaltige Initiativen mit alternativen demokratischen, ökologischen und wirtschaftlichen Ideen zur Rettung unseres Planeten aufzuzeigen.

Ein Song, der scheinbar Widersprüchliches vereint und uns aufruft, bei sommerlichem Groove den metaphorischen sowie den tatsächlichen Spaten in die Hand nehmen und Schaufel für Schaufel, Saatkorn für Saatkorn unsere Zukunft zu pflanzen – und damit dafür zu sorgen, dass die Erde eine hat. Wir haben keine Zeit zu verlieren.



Wir sind alle FfF

Portrait Clara Sültemeier ist jung, gerade mal 18 Jahre. Sie ist Schülerin der Berufsbildenden Schulen in Lüchow, Fachrichtung Sozialpädagogik. Und sie ist aktiv in der lokalen Gruppe der Fridays-for-Future-Bewegung. Wilma Wallat hat sich mit ihr getroffen.

Mit anderen Schülerinnen und Schülern aus dem Wendland engagiert sich Clara Sültemeier aus Dünsche in der Bewegung Fridays for Future. Aktivistin zu sein läge ihr im Blut, sagt sie, weil sie schon als Kind durch ihre Eltern den Widerstand gegen die Atomkraft kennengelernt hat. Doch „FfF“ ist anders als „AKW nee“. Wie funktioniert „Fridays for Future“? Mit rund 20 anderen Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Schulen und Orten im Wendland organisierte Clara Mitte März die erste Demo von FfF in Lüchow. Die Gruppe aus Lüchow-Dannenberg ist im Landkreis und im Rest des Landes vernetzt; in der bundesweiten Delegiertengruppe ist sie mit zwei Aktiven vertreten. Hier vor Ort findet alle zwei Wochen ein Orga-Treffen statt, es gibt eine Whats App-Gruppe, in der man sich zu Aktionen verab-

redet. Bundesweit sind die Gruppen durch Telefonkonferenzen in ständigem Kontakt. FfF ist basisdemokratisch organisiert; es gibt kein Führungsteam, Entscheidungen fallen nach dem Mehrheitsprinzip. „Es ist manchmal ganz schön kompliziert, demokratisch zu sein“, fasst Clara ihre Erfahrungen damit zusammen.

Die FfF-Schüler/-innen kommen aus verschiedenen Schulformen und sind in ihren Schulen Ansprechpartner/-innen für alle Fragen rund um Fridays for Future. Viele Mitschüler/-innen unterstützen das Anliegen, auch wenn sie nicht unbedingt bei den Aktionen dabei sind. „Schule geht vor“ – diese Haltung ist durchaus verbreitet. Aber Clara schildert auch ablehnende Meinungen in der Schülerschaft, dann schnell mit persönlicher Diffamierung verbunden.

Clara berichtet auch von unterschiedlichen Reaktionen der Lehrkräfte und Schulleitungen: Auf Seiten der Lehrer/-innen gibt es viel Sympathie und Unterstützung. So wurde sie fast selbstverständlich für die Teilnahme an einer Demo „freigestellt“, obwohl sie eigentlich hätte ein Referat halten sollte.

Bei den Schulleitungen sei die positive Haltung nicht so durchgängig, berichtet Clara, aber selbst an der KGS in Clenze unterstützen einige Lehrer/-innen den Einsatz ihrer Schülerinnen und Schüler für den Klimaschutz.

Ambivalent ist auch das Verhalten

der Elternschaft: Viele finden den Einsatz ihrer Kinder gut, aber einige haben auch Probleme mit dem „Schwänzen“ und mahnen dazu, „erstmal das Abitur zu machen!“ Clara beobachtet schon, sagt sie, dass nach dem ersten medialen Hype das Interesse an der Bewegung etwas abgeflaut ist. Aber: „Das Thema ist viel zu wichtig, als dass wir nachlassen dürfen.“ Die Wahlergebnisse der Europawahl hätten deutlich gemacht, dass die junge Generation sich von den Politikern nicht ernst genommen fühlt. Sie hofft, dass die „alten Säcke“ in den Volksparteien endlich begreifen, dass schnell reagiert werden muss. „Politiker, die weiter in die Wirtschaft investieren, bekommen ja gar nicht mit, wenn der Planet abstürzt. Die Jugend muss es ausbaden, dass die Politik so lange untätig war!“

Und Omas, Opas, Scientists, Teachers for Future? Im Unterschied zu anderen Jugendlichen begrüßt Clara es, wenn Erwachsene den Einsatz der FfF-Bewegung unterstützen – solange das nicht in Bevormundung und Besserwisserie ausartet. Auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ist ihr als Ansprechpartner willkommen. Aber: „Wir sind nicht die Jugendorganisation der BI!“

Und die Person Greta Thunberg? Sie habe die Bewegung angeschoben, das sei positiv und dafür gebühre ihr Dank. Der Personenkult um Greta sei aber nicht im Sinne von FfF. Die Bewegung sei wichtiger, denn: „Wir sind alle FfF!“

“ Das Thema ist viel zu wichtig, als dass wir nachlassen dürfen





Schräge Geschichte

Berndt Pfeifer ist Künstler und arbeitet seit den 1970er-Jahren mit Holzschnitten. Irgendwann Anfang des neuen Jahrtausends reifte in ihm die Idee, das warme Atelier durch die kalte Straße, den Druckstock Holz durch Kanal- und Gullydeckel überall in Deutschland zu ersetzen. So begann 2011 das Projekt ZeitSpuren1.0.de. „Die Zeit hinterlässt Spuren, gut sichtbare oder fast unsichtbare Spuren in Form von Rost oder Beschädigungen. ZeitSpuren unserer Geschichte, tief eingebrannt in das Metall der Erde“, sagt Pfeifer über sein Projekt. Überall in Deutschland war Pfeifer schon zu Gast und hat Drucke von gusseisernen Deckeln vorgenommen – meist an historischen bedeutsamen Stätten: Bergen-Belsen, Checkpoint Charlie, Gutenbergmuseum. Überall bekam er dafür von den Verwaltungen grünes Licht – nur nicht in Gorleben. In seiner Anfrage an den Gemeinderat schrieb Pfeifer letztes Jahr: „Nach der Friedensstadt Osnabrück würde ich jetzt gerne in der Umgebung und der Stadt Gorleben einen Platz in dem einen oder anderen Deckel an einem historischen Platz einbringen. (...) Vielleicht gerne in der Umgebung und der Stadt Gorleben kam keine Ihrer Stadt benennen. Mein Interesse gilt neben der Stadthistorie dem Widerstand gegen die Atombombenabwürfe. Die Genehmigung für Ihr Vorhaben können wir Ihnen nicht erteilen. ‚Gorleben‘ ist aus unserer Sicht nicht der richtige Ort für ihr Vorhaben.“ Doch das weckte offenbar den Rebell in Pfeifer: „Obwohl die Stadt Gorleben mir die Arbeit verboten hat, habe ich es mir nicht nehmen lassen, im Namen der Kunst ‚illegal‘ dort zu arbeiten. Nach Berlin, Kassel, München, Köln und weiteren Orten wie Bergen-Belsen ist Gorleben die erste Stadt, die mir die Erlaubnis zu meiner Arbeit verweigert.“ (ac)

um 'ne Runde Sache



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

e-Ventschau 2019

**7. Benefiz-Open Air
in Ventschau**
für die Kinder von
Tschernobyl und Fukushima

09.08. ab 17:00 h
10.08. ab 14:00 h



Infos unter e-ventschau.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

einmalig EUR

monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

